

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 58/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn d



Inhalt

SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr unterstreicht die Notwendigkeit des Dialogs mit den Studenten.

Seite 1-3

Björn Engholm MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, erläutert den künftigen Ausbau der Hochschulen.

Seite 4/5

Xaver Wolf MdL, Mitglied des bayerischen SPD-Präsidiums und Bezirksvorsitzender in Ostbayern setzt sich mit der Asohermittwochsrede von F.J. Strauß auseinander.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 28

9. Februar 1978

Dialog an einer veränderten Universität

Die Augen vor den Tatsachen zu verschließen ist keine Politik

Von Egon Bahr MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Die CDU bleibt sich treu. Demonstration statt Dialog, große Worte statt kleiner Schritte - das gilt nicht nur für ihre Deutschland-Politik, dies gilt auch für das Verhältnis zu unseren Hochschulen. Seit die Union dieses Thema für sich wiederentdeckt hat und damit - wie jetzt vor allem in Niedersachsen - Stimmung zu machen sucht, wirft sie mit Vorwürfen um sich, die über das gewohnte Maß an Polemik weit hinausgehen und die schwierige Situation an unseren Universitäten aufs neue belasten. Daß Alfred Dreggers Satz vom Terroristen-Sumpf, der trockenulegen sei, nicht weiterverfolgt zu werden scheint, und die gegenwärtige Auseinandersetzung von "liberalen" CDU-Politikern wie Bernhard Vogel oder Richard von Weizsäcker bestritten wird, macht die Sache nicht besser.

Die Behauptung, der SPD fehle der Mut zur Diskussion, ist der Entgegnung gewiß nicht wert. Anders steht es mit der wiederholten Aufforderung, uns vom Berliner Wissenschaftssenator Peter Glotz zu distanzieren der durch ein beispielhaftes persönliches Engagement mit den Universitäten ins Gespräch gekommen ist. Es sind Welten, die zwischen dem Vorgehen des Berliner Senators - er sei stellvertretend genannt, weil die Probleme in Berlin wieder einmal besonders zugespitzt hervortreten - und den Veranstaltungen der Unionspolitiker liegen. Peter Glotz hatte richtig geurteilt, als er ihre Auftritte als "symbolische Kommunikation" bezeichnete. Es ist eine unglaubliche Heuchelei, der SPD vorzuwerfen, sie gehe nicht an die Hochschulen, die eigenen Veranstaltungen aber mit Polizeiaufgebot, Begleitschutz und

Claqueuren aus dem RCDS und dem jeweiligen CDU-Kreisverband zu inszenieren. Von Dialog kann da keine Rede sein. Die Reaktionen lassen Zweifel über den Zweck der Übung denn auch nicht aufkommen: Die Unmöglichkeit, in der Universität Wahlkampfreden zu halten, wird der sozial-liberalen Koalition, ihrer Bildungspolitik und ihrer angeblichen Nachsichtigkeit gegenüber "Systemveränderern" zugeschrieben. Je mehr Krach es gibt, desto glaubhafter wird's.

Daß es auch anders geht, hat Peter Glotz in unzähligen Diskussionen unter Beweis gestellt - am spektakulärsten, als er sich in der Technischen Universität unter 15.000 "Spontis", "Stadtindianer" und "Verweigerer" mischte, die dem "Modell Deutschland" ihr "Modell Tunix" entgegensetzten. Doch wenn dieses Mammuttreffen - von wenigen Ausnahmen abgesehen - ohne Gewalt ablief und Anzeichen von Kommunikationsbereitschaft sichtbar wurden, so bleiben die Sprüche ("Malt die Sumpfbüden Eurer Träume in die Neozonen der entfremdeten Zentren") erschreckend und bezeichnend für die Situation an den Hochschulen.

Man kann nach CDU-Art, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, darüber hinweggehen. Man darf sich dann aber nicht wundern, wenn für die innere Stabilität unserer Demokratie eine schwere Belastungsprobe heraufbeschworen wird. Wenn es stimmt, daß jeder fünfte Student in der Bundesrepublik so denkt wie jener Göttinger Mescalero, der den "Buback-Nachruf" verfaßte und jeder zehnte heute "aussteigt" und in einer von der "Normalwelt" völlig losgelösten Subkultur lebt, dann sollten wir uns über mögliche Folgen nichts vormachen. Zumal auch die vielzitierte schweigende Mehrheit, die die CDU so gern in Anspruch nimmt, kein Ruhekissen ist. Die tiefe Kluft, die sich aufgetan hat zwischen "den" Bundesrepublikanern und einem großen Teil der Studenten, wird untermauert auch durch jenes aggressive Schweigen, das gepaart ist mit Resignation, Zynismus, Gleichgültigkeit. Wer hier Schlimmeres verhüten will, wer diskutieren und überzeugen will, der muß sich auf den Boden dieser Tatsachen stellen - so bitter und schwer verständlich sie auch sein mögen. Dazu gehört die Einsicht, daß durch eine bloße Demonstration der Stärke niemand zur parlamentarischen Demokratie bekehrt wird. Wer den Glauben an das Grundgesetz verloren oder noch gar nicht gewonnen hat, gewinnt ihn nicht durch Drohungen zurück.

Es gehe darum, so sagte Richard von Weizsäcker in der Haushaltsdebatte des Bundestages, die "Freiheit für Forschung und Lehre" zu sichern. Das wird den ungeheuren Wandlungsprozessen, die unsere Hochschulen durchmachen, nicht gerecht. Es reicht weder zur Diagnose noch zur Therapie. Wenn die CDU ein Kernstück sozialdemokratischer Bildungspolitik, die soziale Öffnung der Hochschulen, nicht zurückdrehen will, dann kann sie nicht gleichzeitig so tun, als sei akademische Freiheit heute noch die gleiche wie zu Zeiten Humboldts. Ein Fünftel eines jeden Altersjahrgangs wird heute an Hochschulen ausgebildet. Die Folgen dieser Explosion der Zahlen sind noch nicht annähernd verkräftet, weder an den Universitäten noch in der Gesellschaft.

Der Zuwachs an Gleichheit und die tatsächlichen gesellschaftlichen Veränderungen, die SPD und FDP seit 1969 gerade mit ihrer Bildungspolitik durchgesetzt haben, fordern

ihren Preis. Die Freiheit des einzelnen ist heute begrenzt durch die Freiheit vieler, vieler anderer. Die Orientierung an der Massenuniversität ist unendlich schwer geworden. Und vor allem: Ein akademisches Studium ist kein Privileg mehr, es garantiert keinen Spitzenjob mit Spitzeneinkommen mehr. Nicht von ungefähr warnen die Standesorganisationen vor der "Ärztenschwemme", der "Anwaltsschwemme", der "Lehrerschwemme". Bei liberalen CDU-Politikern heißt das: Freiheit für Lehre und Forschung. Alfred Dregger indes hält sich mit schönen Worten nicht auf. Er spricht aus, daß wir zu viele Akademiker haben.

Die Explosion der Zahlen bewältigen, das kann für die SPD nur heißen, Bildungspolitik nicht losgelöst von Beschäftigungspolitik zu betreiben. Es geht, wie Peter Glotz formulierte, um die Eingliederung der Akademiker in die Arbeitnehmerschaft. Auch diese Zusammenhänge müssen in der hochschulpolitischen Auseinandersetzung deutlich gemacht werden. Die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie bleibt durch einen Wink mit Sozialprestige und Wohlstand nicht mehr gewahrt. Wir dürfen uns nicht abfinden mit der Absage eines Teils unserer Jugend an den demokratischen Grundkonsens. Daß gerade die SPD ihre Anstrengungen noch erheblich verstärken muß, will ich ausdrücklich hervorheben.

Vor nun bald zehn Jahren, auf dem Höhepunkt der Außerparlamentarischen Opposition, die sich in vielem von der jetzigen Lage unterschied, legte Gustav Heinemann den Finger in die Wunde gesellschaftlichen Unverständnisses. Nach den Osterunruhen 1968 sagte Heinemann, damals noch Justizminister: "Wer mit dem Zeigefinger allgemeiner Vorwürfe auf den oder die vermeintlichen Anstifter oder Drahtzieher zeigt, sollte daran denken, daß in der Hand mit dem ausgestreckten Zeigefinger zugleich drei andere Finger auf ihn selbst zurückweisen." An diese Worte zu erinnern, haben wir Anlaß.

(-/9.2.1978/ks/hgs)

+ + +

Ausbau der Hochschulen geht weiter

Vorarbeiten für den 8. Rahmenplan zum Hochschulausbau haben begonnen

Von Björn Engholm MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Der Beginn der vierjährigen Laufzeit des 7. Rahmenplanes für den Hochschulbau zu Beginn dieses Jahres bedeutet nach dem System der gemeinsamen Rahmenplanung von Bund und Ländern zugleich auch den Start der Vorarbeiten zum 8. Rahmenplan, der den Zeitraum von 1979 bis 1982 umfaßt und auch dem Hochschulbauförderungsgesetz bis zum 1. Juli 1978 vom zuständigen Planungsausschuß verabschiedet sein muß. Das eindrucksvolle Ergebnis der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau sind bisher 220 000 neue Studienplätze seit 1971, von insgesamt rund 700 000 Studienplätzen nach Flächenrichtwerten, die Ende 1977 in den deutschen Hochschulen vorhanden waren. Fast jeder dritte Studienplatz oder 12 Hochschulen der Größe der Universität Bonn sind mithin in den letzten sieben Jahren gebaut worden.

Vorrang für kapazitätserweiternde Maßnahmen

Das Schwergewicht des 8. Rahmenplanes muß aus meiner Sicht auf der Schaffung der Voraussetzung für die möglichst baldige Erfüllung des bereits im 6. Rahmenplan beschlossenen Ausbauziels von 850 000 flächenbezogenen Studienplätzen liegen. Dieses Ausbauziel - von den Regierungschefs von Bund und Ländern in ihrem bekannten Beschluß vom 4. November 1977 als "angemessen" bestätigt, ist sozusagen die räumliche Grundlage aller beschlossenen sonstigen Maßnahmen zum Abbau des Numerus clausus. Entsprechend dem im 7. Rahmenplan beschlossenen Prioritäten ist deshalb darauf zu achten, daß die Vorhaben, die kapazitätserweiternd wirken, Vorrang vor Ersatzbauten erhalten. Die positive Reaktion mehrerer Länder auf eine entsprechende Bitte des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft läßt hoffen, daß Vorhaben, die neue Studienplätze bringen, deren Verwirklichung aber nach der bisherigen Planung erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen war, zeitlich vorgezogen werden. Ich gehe deshalb davon aus, daß der 8. Rahmenplan uns dem langfristigen Ausbauziel einen erheblichen Schritt näher bringen wird, so daß wir es im voraussichtlichen Gipfelpunkt der besonders hohen Studentenzahl, also etwa im Jahre 1985, auch tatsächlich erreicht haben können.

Kapazitätsausnutzung langfristig gefährdet ?

Dieses Ausbauziel darf nicht deshalb vernachlässigt werden, weil wir möglicherweise in der zweiten Hälfte der 80er Jahre und dann deutlicher in den 90er Jahren mit einem Rückgang der Zahl der Studienanfänger zu rechnen haben. Denn dann können und müssen die Hochschulen endlich zusätzliche Aufgaben, vor allem in der Weiterbildung, übernehmen, die in anderen Ländern schon längst zum selbstverständlichen Auftrag des Hochschulbereichs gehören. Die Zahl der Studenten wird dann nicht im gleichen Umfang zurückgehen, wie die Zahl der Studienanfänger.

Weiterbildung hängt aufs engste mit dem Programm der Studienreform zusammen, das wir in den nächsten Jahren zu erfüllen haben. Die gebotene Straffung der Studiengänge ist nur möglich, wenn das Lehrangebot auf die wesentliche inhaltliche Substanz des jeweiligen Studienfaches konzentriert werden kann. Vertiefungen und Spezialisierungen müssen dann aber teilweise durch Angebote der Weiterbildung vermittelt werden. Ferner müssen wir davon ausgehen, daß die mit der Erstausbildung erworbene Qualifika-

tion, bzw. der erworbene Wissensstand, sehr viel rascher "veraltet", als dies früher der Fall war. Auch zur ständigen Erneuerung des Wissens werden die Hochschulen daher Angebote für Weiterbildungsmöglichkeiten entwickeln müssen.

Flankierende Maßnahmen

Neben der Verwirklichung des Ausbauziels, das regional auf die einzelnen Länder umgesetzt werden muß, wird aber auch die gleichmäßige und erschöpfende Nutzung der Hochschuleinrichtungen ein wichtiges Thema für den 8. Rahmenplan darstellen. Dabei sind verschiedene Probleme zu unterscheiden:

Zum einen kommt es darauf an, die Planung der Studienplätze nach Fläche besser mit der Planung der personalabhängigen Kapazität abzustimmen. Der räumliche Ausbau muß also von den Ländern mit einer entsprechenden Ausweitung der Personalkapazität verbunden werden.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß sich vor allem aus Gründen der Situation am Arbeitsmarkt das Verhalten der Studienbewerber erheblich geändert hat. In den Lehramtsstudiengängen geht ihre Zahl stark zurück, in anderen Fächern steigt sie an. Eine ungleichmäßige Auslastung der Hochschulkapazitäten, die zu einem Teil noch unter anderen Prognosen geschaffen wurden, ist die zwangsläufige Folge. Diese Ungleichmäßigkeit muß durch verschiedene Maßnahmen, u.a. durch eine "Umwidmung" von Kapazitäten begrenzt werden. Das ist schwierig, muß aber gelingen, wenn wir die großen Investitionen im Hochschulbereich zur Ausbildung der geburtenstarken Jahrgänge voll nutzen wollen.

Auch der 8. Rahmenplan muß davon ausgehen, daß die Zahl der Studenten größer ist, als die Zahl der unter Planungsgesichtspunkten geschaffenen Studienplätze nach Fläche. Personelle und organisatorische Maßnahmen müssen gewährleisten, daß die Räume intensiver genutzt werden, als dies auf Dauer geplant ist. Gegenwärtig liegt die "Überlast" unter räumlichen Gesichtspunkten bei rund 20 Prozent im Durchschnitt.

Bis 1985 rund 10 Milliarden Bundesmittel

Der Bund wird 1978 für den Ausbau der Hochschulen allein rund 1 Milliarden DM aufwenden. Zur Realisierung aller bisher bereits angemeldeten Vorhaben werden bis Mitte der 80er Jahre weitere rund 9 Milliarden DM an Bundesmitteln notwendig. Die Länder haben einen gleich großen Betrag zu leisten. Auch wenn dabei kapazitätserweiternde Maßnahmen Vorrang haben, müssen erhebliche Mittel für die Sicherung der bereits vorhandenen Kapazität, d.h. auch für Ersatzbauten eingesetzt werden. Dies gilt vor allem aus finanziellen Gründen nicht realisiertes Ersatzbauprogramm vorgesehen ist. Es dient nicht nur der Sicherung der Ausbildungskapazität, sondern auch der Verbesserung der Forschung in den Hochschulen und aufgrund der Aufgaben der Hochschulkliniken auch der weiteren Verbesserung der ärztlichen Versorgung.

(-/9.2.1978/h1/gat)

+

+

+

Zwischen Politgaudi und widerlicher Demagogie

Franz Josef Strauß und sein Passauer Aschermittwochauftritt

Von Xaver Wolf MdL

Vorsitzender des SPD-Bezirks Niederbayern-Oberpfalz und
Mitglied des bayerischen SPD-Präsidiums

Der Aschermittwochauftritt von Strauß in Passau war, wenigstens in Teilen seiner Ausführung, die letzte diesjährige Büttenrede. Der CSU-Boss wurde dem herbeigeeilten Publikum wieder voll gerecht, das in Erwartung einer deftigen Aschermittwochsunterhaltung bei Bier, Wurst und Schaffkopfkarten auf seine Kosten kam und dem Politgaudiburschen frenetisch zujubelten.

Andererseits: Das Schauspiel wirkt von Jahr zu Jahr beklemmender. Nicht nur, daß vor Redebeginn den bayerischen Zuhörern in der Nibelungenhalle mit Preussenaärschen eingeholt wurde und Strauß wie ein Triumphator einzog; erschreckender noch war die undifferenzierte Gläubigkeit, die diesem Mann entgegenschlug. Einem Mann, der an diesem Tage wieder einmal skandalöse Proben erschreckender Demagogie abgab. Die über dreistündige Rede war eine einzige Beschimpfung des politischen Gegners.

Strauß' durchgehende Linie, sofern es eine solche in seinen Reden überhaupt gibt, schimmerte immer dort durch, wo es um die auf seine Person fixierten bundespolitischen Wunschvorstellungen ging. Er hat offenbar begriffen, daß ohne FDP in Bonn kein Machtwechsel möglich sein wird. Seine Töne gegenüber den Liberalen waren daher lange nicht mehr so schrill wie in früheren Jahren. Alle bayerischen Probleme tat der CSU-Führer mit einer Handbewegung ab. Lediglich in Sachen Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtages giftete er sich, wohl besorgt, der Geruch eines Herdbraters könnte allzu vielen zu kräftig in die Nase steigen.

Hauptthema seiner Marathonvorstellung war wieder einmal die Verteufelung der deutschen Sozialdemokratie. Wie gehabt stellte er unter dem Schlagwort "Sozialismus" einen politischen Frankenstein in die bundesdeutsche Landschaft, der jedem braven Demokraten das Gruseln lehren muß. Indem er Herbert Wehner als angeblichen Kommentar zum Godesberger Programm der SPD unterschob: "Wir müssen Marx verstecken, aber nicht preisgeben", öffnete der CSU-Führer einem "sozialistischen" Homunkulus die Bühne. Er dichtete Bundeskanzler Helmut Schmidt und der SPD mit Hinblick auf sein überwiegend katholisches Auditorium Abenteuerliches an: ein inniges Verhältnis zum "Marxismus als profanierter Religion". In diesem Zusammenhang richtete Strauß "eine Bitte an die beiden Kirchen: Warten Sie Ihres Amtes, halten sie Grundsatztreue. Sorgen Sie dafür, daß nicht fremdes Gedankengut eindringt und machen Sie auch von ihrer Autorität Gebrauch. Die Revolutions-theologie kommt nicht von Gott, die kommt vom Teufel."

Das ist Brunnenvergiftung. So macht man es, wenn man die Konfessionen aufeinander und auf die Sozialdemokraten hetzen will. Hier wird Straußens Versuch überdeutlich, sich auch noch zum christlichen Heilsbringer hochzustilisieren, um bei den nächsten Bundestagswahlen die letzte Kompanie für sich ins Feld zu bringen.

Nach diesem widerlichen demagogischen Mischmasch kam dann noch die scheinheilige Versicherung: "Ich bin nicht der, der jeden Tag zum Frühstück einen Sozi verspeisen will. Im Übrigen friß i, was i mag." Angesichts dieses Herrn Strauß und seiner Frühstückssitten bleibt mit Max Liebermann, dem Maler, nur die drastische Feststellung: "Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte." (-/9.2.1978/vo-he/hgs)

+ + +